

# Neuer Zustupf für arme Kinder ist vertagt

Der Zürcher Kantonsrat lehnt Familien-Ergänzungsleistungen ab und fordert eine Auslegeordnung vom Regierungsrat.

Matthias Scharrer

Armut ist auch in der reichen Schweiz nicht selten: Laut Bundesamt für Statistik leben aktuell rund 700'000 Menschen hierzulande in Armut, also etwa acht Prozent der Bevölkerung. Überdurchschnittlich oft betroffen sind dabei Haushalte mit Kindern, wobei die Armutsgrenze für Familien mit zwei Kindern bei monatlich 4010 Franken liegt. Rund ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden im Kanton Zürich sind denn auch Kinder, wie Caritas Zürich festhält.

Vor diesem Hintergrund fordern linksgrüne Parteien schon seit Jahren die Einführung von Ergänzungsleistungen (EL) für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen. 2018 reichten sie im Zürcher Kantonsrat einen entsprechenden Vorstoss ein, noch mit Unterstützung der inzwischen mit der Mitte fusionierten BDP. Sie verwiesen auf den Kanton Solothurn, der schon damals die Einführung von Familien-EL beschlossen hatte.

Inzwischen sind mit dem Tessin, mit Genf und der Waadt weitere Kantone diesem Beispiel gefolgt, wie Alan Sangines (SP, Zürich) am Montag im Kantonsrat sagte. Ähnliche Pläne sind in den Kantonen Fribourg und Basel-Stadt auf der Zielgeraden. «Doch wir warten seit 20 Jahren auf den Bund, der wiederum auf die Kantone verweist», so Sangines.

## «Wer Hilfe braucht, dem wird geholfen»

Und das Warten geht weiter. Denn der Zürcher Kantonsrat versenkte am Montag mit den Stimmen von SVP, FDP, GLP, Mitte und EVP den linksgrünen Vorstoss für ein EL-Gesetz nach Solothurner Vorbild. Die Forde-



Kleideranprobe in der Brockenstube: Haushalte mit Kindern sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen.

Symbolbild: Keystone

rung nach einer Auslegeordnung hiess das Parlament jedoch gut.

Mit dem Nein zur Gesetzesvorlage folgte die Parlamentsmehrheit dem Regierungsrat. Dieser hatte erklärt, der Bund sei zuständig. Zudem wäre bei einer Annahme der Vorlage mit Kosten von 50 bis 100 Millionen Franken pro Jahr zu rechnen. Und: Ergänzungsleistungen für Familien würden zu mehr Bürokratie führen, wie der zuständige Regierungsrat Mario Fehr (parteilos) sagte.

«Die Schweiz und der Kanton Zürich haben ein hervor-

ragendes Sozialsystem. Wer Hilfe braucht, dem wird geholfen», betonte Philipp Müller (FDP, Dietikon). Eine Ausweitung des Ergänzungsleistungssystems auf Familien brauche es daher nicht, so der Kantonsrat und Dietiker Sozialvorsteher weiter. Laut Lorenz Habicher (SVP, Zürich) würde sie bestehende Unterstützungsangebote kannelalisieren.

Anders sah es Birgit Tognella-Geertsen (SP, Wangen-Brütisellen). Die Erstunterzeichnerin der nun gescheiterten Gesetzesvorlage sagte: «Wir müssen handeln. Die Sozialhilfe wurde

nie als langfristige Unterstützung für Familien konzipiert.»

Ganz fallen lassen will der Kantonsrat das Anliegen denn auch nicht. Die vorberatende Kantonsratskommission hatte nach Beratung der Gesetzesvorlage ein Postulat für eine Auslegeordnung lanciert. Dieses fand nun eine Mitte-links-Mehrheit im Parlament.

## Volkswirtschaftlicher Nutzen ist aufzuzeigen

Der Regierungsrat muss daher innert zwei Jahren in einem Bericht darlegen, wie Familien-Ergänzungsleistungen in die kan-

tonalen Strukturen einzugliedern wären. «Auch ist aufzuzeigen, wie der volkswirtschaftliche Nutzen für den Kanton Zürich einzuordnen ist, wenn die zu unterstützenden Eltern weiterhin erwerbstätig bleiben und keine Sozialhilfe beziehen», heisst es in dem Postulat. Ausser der SVP und der FDP stimmten dem alle Parteien zu.

Vor allem GLP, EVP und Mitte sprachen sich für das Postulat aus. Es sei noch nicht nachgewiesen, dass sich Familien-EL lohnen, sprich: kostenneutral seien, meinte Josef Widler (Mit-

«Die Schweiz und der Kanton Zürich haben ein hervorragendes Sozialsystem.»



Philipp Müller (FDP)  
Dietiker Kantons- und Stadtrat

te, Zürich). «Das Prinzip Ergänzungsleistungen hat sich in anderen Kantonen bewährt», fügte Michael Bänninger (EVP, Winterthur) an. «Wir wollen uns aber nicht blindlings darauf stürzen.»

Gemäss Jeannette Büsser (Grüne, Zürich) ist das Postulat jedoch primär ein Schachzug von Mitte, EVP und GLP. Diese überliessen es damit dem Regierungsrat, eine unpopuläre Botschaft zu überbringen.

SP-Kantonsrat Sangines führte derweil Argumente an, das Nein zu Familien-EL zu überdenken. So sei im Kanton Solothurn das Ziel einer Verringerung der Armut mit der EL-Neuerung weitgehend erreicht worden. Und im Tessin habe das gleiche Mittel zu einer deutlichen Senkung der Sozialhilfekosten geführt.

## Bald gibt es im Kanton Autokennzeichen nach Wahl

Der Zürcher Regierungsrat erlaubt selbst gewählte Nummernschilder. Der Kantonsrat unterstützte das Vorhaben am Montag.

Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag Sympathien für individuelle Kontrollschilder gezeigt. Der Regierungsrat lässt zu, dass Zürcherinnen und Zürcher künftig etwa ihr Geburtsdatum als Schild ans Auto schrauben dürfen. Es soll aber nicht alles erlaubt sein.

Das Anliegen geht auf eine Einzelinitiative eines Bürgers zurück, der Kontrollschilder mit komplett individuellen Zahlen gefordert hatte. Dabei sollte der Kanton bei sechsstelligen Schildern bleiben und Schilder mit bis zu drei Nullen am Anfang erlauben.

Die Einzelinitiative hatte im Kantonsrat, auch wegen des Vorschlags des Regierungsrats, keine Chance und wurde einstimmig abgelehnt. «Haben wir

keine dringlicheren Probleme?», fragte etwa Birgit Tognella-Geertsen (SP, Wangen-Brütisellen). Sympathien für das Anliegen waren aber durchaus da.

## «Das Geld ist willkommen»

Gegen eine Gebühr sollen Autobesitzerinnen und Autobesitzer deshalb neu ein individuelles Schild beantragen können. Vorausgesetzt, es ist noch frei, soll man künftig also mit dem Hochzeitstag oder dem Geburtsdatum am Auto durch die Gegend fahren können.

Christina Cortellini (GLP, Dietikon) sagte zwar, sie könne die Ausgaben für spezielle Kontrollschilder nicht nachvollzie-

hen, das Geld sei aber willkommen.

## Gebühr von mindestens 250 Franken

Wichtig ist dem Regierungsrat auch, dass gewisse Kombinationen gesperrt bleiben - um weiterhin Auktionen von speziellen Schildern durchführen zu können, etwa ZH 111 111 oder ZH 25. Wie der Kanton Bern beantragte Zürich beim Bund bereits siebenstellige Schilder. Die Nullen zu Beginn der Kennzeichen werden also nicht eingeführt.

Regierungsrat Mario Fehr (parteilos) sagte im Rat, die Schilder könnten ab Januar 2026 beantragt werden. Die Gebühr soll mindestens 250 Franken betragen, «wir wollen ja auch etwas verdienen».

Fehr hat persönliche Erfahrung mit den speziellen Kontrollschildern: Im letzten Jahr versteigerte der Kanton die Nummern ZH 58 und ZH 76, die Jahrgänge von Fehr und seiner Regierungsratskollegin Natalie Rickli (SVP). Fehr «gewann» mit 90'000 Franken. Ricklis Schild brachte 60'000 Franken ein.

Die zweistelligen Nummern sind besonders beliebt. ZH 24 ging im Juli 2024 für satte 299'000 Franken an einen neuen Besitzer. Damit lag ZH 24 noch vor ZH 100, das im Jahr 2022 immerhin 226'000 Franken einbrachte. Die Auktionen scheinen vor allem Männer zu interessieren, was auch GLP-Kantonsrätin Cortellini auffiel. In ihrem Votum verzichtete sie «bewusst aufs Gendern». (sda)

## VBZ verzeichnen sechs tödliche Unfälle

Die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) haben im vergangenen Jahr sechs tödliche Unfälle verzeichnet - so viele wie nie in der jüngeren Vergangenheit. An allen tödlichen Unfällen waren Trams beteiligt. Die VBZ planen nun eine neue Präventionskampagne.

Die VBZ nehmen die sechs Unfälle mit tödlichem Ausgang mit Bedauern zur Kenntnis, wie sie am Montag anlässlich der Veröffentlichung der Schadenstatistik 2024 mitteilten. Bei den tödlich Verunfallten handelte es sich um fünf Fussgängerinnen und Fussgänger sowie einen Velofahrer.

Gemäss den kurzen Beschreibungen zu den Unfällen wurden diese meist von den Verunfallten selbst verursacht, teils durch Unachtsamkeit, oder auch einfach nur aus Pech: So stolperte eine Passantin und fiel zwischen Tram und Perronkante hinunter auf das Gleis, während das Tram losfuhr. Ein anderer Passant stieg

über den Puffer zwischen zwei Wagen eines stehenden Trams. Als das Tram in diesem Moment losfuhr, geriet er unter das Tram.

## VBZ planen Vortritts-Kampagne

Die VBZ reagieren nun. Sie planen eine neue Präventionskampagne, in der auf das Vortrittsrecht des Trams hingewiesen wird, wie ein Sprecher dem «Regionaljournal Zürich-Schaffhausen» von SRF1 sagte.

Insgesamt zeigt die Statistik für 2024 nur einen moderaten Anstieg der Schadensereignisse. Die Zahl der Unfälle mit Körperverletzungen ist im Vergleich zu 2023 sogar um 53 auf 622 gesunken.

Bei fast der Hälfte davon handelte es sich um Stoppunfälle, also Unfälle, die sich ereignen, wenn ein Tram oder ein Bus wegen eines anderen Verkehrsteilnehmers einen Notstopp einleiten muss. (sda)